

## Flüchtlingskrise auf den Kanarischen Inseln

# "Kai der Schande"

Die Kanaren entwickeln sich zum Flüchtlingshotspot. Immer mehr Migranten wagen die Überfahrt – obwohl die Route einer der tödlichsten Wege nach Europa ist. Die spanischen Behörden sind überfordert.

Von Steffen Lüdke

14.11.2020, 19.44 Uhr



Überlebende im Hafen von Arguineguín: nicht genug Platz für 2000 Menschen

Foto: BORJA SUAREZ / REUTERS

Sie sitzen an der Hafenanlage, ohne Obdach oder Schutz vor der stechenden Sonne: Auf den Kanarischen Inseln sind allein am vergangenen Wochenende mehr als 2188 Flüchtlinge angekommen.

Die Behörden auf den Inseln sind überfordert. Rund 2000 Flüchtlinge mussten die Woche über am Kai im Hafen Arguineguín auf Gran Canaria übernachten. Dort haben Behörden und Hilfsorganisationen ein provisorisches Camp aufgebaut, das nur 500 Menschen Platz bietet. Einige spanische Medien schreiben vom "Kai der Schande".

Die Bedingungen respektierten weder die Menschenwürde noch die Grundrechte der Geflüchteten, heißt es in einem Bericht von Human Rights Watch. Die Bedingungen seien "ziemlich schrecklich". Nachweislich mit Covid-19 infizierte Menschen hätten beim Warten auf den Transfer mit den anderen Geflüchteten leben müssen – ohne Chance, sich zu isolieren.

**"Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kanaren sich zu einem zweiten Lampedusa oder Lesbos für Migranten entwickeln."**

**Román Rodríguez, Vizepräsident der Kanaren**

Einheimische fürchten, dass das notdürftige Camp direkt am Hafen zu einer Dauerlösung werden könnte. "Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kanaren sich zu einem zweiten Lampedusa oder Lesbos für Migranten entwickeln", sagt Román Rodríguez, Vizepräsident der Kanaren.

Innenminister Fernando Grande-Marlaska hat inzwischen angekündigt, dass die Migrantinnen und Migranten nicht mehr an der Hafenmauer bleiben müssen. Eine Kaserne soll künftig als Erstaufnahmelager dienen, dort sollen sie registriert und auf Corona getestet werden. Erste Bilder aus der Kaserne in der Nähe von Las Palmas auf Gran Canaria zeigen 23 olivgrüne Militärzelte mit Feldbetten. 800 Menschen sollen hier Platz finden.



Kaserne auf Gran Canaria: 23 Militärzelte

Foto: BORJA SUAREZ / REUTERS

Die Route von Westafrika auf die Kanarischen Inseln ist eine der längsten und tödlichsten nach Europa. Mehr als 600 Menschen starben in diesem Jahr bei der tagelangen Überfahrt. Einige der Migranten starten im Senegal, von dort sind es bis zu den Kanaren 1600 Kilometer. Andere Migranten legen in der Westsahara oder Marokko ab. Schon eine kleine Fehlkalkulation beim Wasservorrat oder Probleme mit dem Motor können dazu führen, dass die Männer, Frauen und Kinder die Fahrt nicht überleben.

Seit Ende 2019 nutzen immer mehr Menschen die Route, vor allem weil marokkanische Behörden mit spanischer Hilfe den wesentlich kürzeren und sichereren Weg über die Straße von Gibraltar versperren. In diesem Jahr sind bereits mehr als 15.000 Migrantinnen und Migranten angekommen, allein im Oktober waren es 5000. Darunter sind auch viele Menschen aus dem Maghreb, wo die Pandemie die Wirtschaft zerstört hat.

## 2006 kamen noch weitaus mehr Flüchtlinge

Die spanischen Behörden tragen zur Not auf der Insel bei. Innenminister Grande-Marlaska will die Kanaren-Route wieder dichtmachen und bringt deshalb kaum Menschen auf das Festland. Offenbar fürchtet er, so mehr Migranten und und Migrantinnen zur Überfahrt zur ermuntern. Der Präsident der Kanaren, Ángel Víctor Torres, kritisiert das seit Monaten und warnt vor "Gefängnisinseln".

Gleichzeitig schafften es die spanischen Ministerien nicht, sich untereinander schnell genug zu koordinieren. Schon seit Monaten ist klar, dass mehr und mehr Flüchtlinge auf die Kanaren drängen, trotzdem fehlt es nun an Unterkünften.

Erst am Freitag gab die Regierung Notfallmaßnahmen bekannt, allerdings waren sie fast alle schon bekannt: Die Auffanglager auf den Kanaren sollen ausgebaut werden. Zudem plant die Regierung mehr Abschiebungen und Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern, damit weniger Migranten und Migrantinnen auf den Inseln ankommen.



Kai von Arguineguín: kein Obdach, kaum Schutz vor der Sonne

Foto: Manuel Navarro / dpa

Nach 2006, als innerhalb von einem Jahr 31.000 Menschen ankamen, war es den spanischen Behörden schon einmal gelungen, die Anzahl wieder zu reduzieren. Ähnlich wie 2006 sind nun Frontex-Beamte auf den Kanaren angekommen, um zu helfen. Seit Dienstag werden wieder

Migranten nach Mauretanien abgeschoben. Mit dem Transitstaat hat Spanien ein Rücknahmeabkommen, die Flüge waren zuletzt aber wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt worden.

NGO's kritisieren immer wieder, dass malische Geflüchtete von den mauretanischen Behörden an der Grenze zu Mali ausgesetzt würden – und keine Chance auf einen Asylantrag bekämen. Auch auf den Kanaren berichten viele Flüchtlinge, in dem Chaos keinen Zugang zu ausreichend Informationen und einem Anwalt zu bekommen. Human Rights Watch spricht von "ernsthaften Bedenken", ob das Recht auf Asyl gewahrt werde.